

Koopmann, Georg

Article — Digitized Version

Handelspolitischer Aktionismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Koopmann, Georg (1987) : Handelspolitischer Aktionismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136231>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Handelspolitischer Aktionismus

Der gute Geist von Punta del Este scheint die amerikanische Handelsdiplomatie bereits wieder verlassen zu haben. Das im September auf der Ministerkonferenz des GATT einmütig abgegebene feierliche Versprechen, keine neuen GATT-widrigen Handelsschranken zu errichten, hat die amerikanische Regierung nicht davon abgehalten, zwei Monate später eine „freiwillige“ Beschränkung der Exporte bestimmter Werkzeugmaschinen aus Japan und Taiwan in die Vereinigten Staaten durchzusetzen und damit gerade jene Protektionsform zu wählen, deren Beseitigung zu den vorrangigen und unumstrittenen Themen der neuen GATT-Runde zählt. Der Versuch, die Bundesrepublik und die Schweiz zu ähnlicher Zurückhaltung zu bewegen, ist fehlgeschlagen, so daß diese Länder nun mit einseitigen Einfuhrbeschränkungen rechnen müssen. Schon die Androhung derartiger Restriktionen wirkt handelshemmend.

Da die Schutzklausel des GATT nicht diskriminierend gegen einzelne Länder angewendet werden darf und unfaire Handelspraktiken schwerlich nachgewiesen werden können – der Werkzeugmaschinenbau der Bundesrepublik wird weder direkt noch indirekt subventioniert –, bemüht die amerikanische Regierung das Argument der bedrohten nationalen Sicherheit. Ein Sicherheitsargument läßt sich jedoch immer konstruieren, gleich ob es sich um Schuhe, Scheren oder eben Werkzeugmaschinen handelt. Es fragt sich nur, ob den Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten mit einer zweitklassigen Werkzeugmaschinenindustrie wirklich gedient ist. Daß sich die Qualität amerikanischer Werkzeugmaschinen unter dem Schutz vor ausländischer Konkurrenz verbessert, kann die Regierung in Washington nicht ernstlich glauben, wird sie doch nicht müde, die Offenheit der Märkte als Leistungsanreiz zu preisen. Tatsächlich liegt ein klarer Fall des handelspolitischen Protektionismus vor, dessen Folgen sich kaum auf die unmittelbar beteiligten Länder beschränken werden. Wenn zum Beispiel die japanischen Anbieter Ausgleich auf dritten Märkten – etwa in Europa – suchen, werden Abwehrreaktionen dort wohl nicht ausbleiben.

Die Beschränkung der Werkzeugmaschineneinfuhr ist indes nur eine von zahlreichen handelspolitischen Aktionen, mit denen die USA seit dem Amtsantritt von Präsident Reagan im Jahre 1981 versucht haben, den Höhenflug der Einfuhren zu bremsen und den Ausfuhren neuen Schwung zu verleihen. Kein Zweifel: die Entwicklung der amerikanischen Außenhandelsströme ist dramatisch. Der Einfuhrüberschuß im Warenhandel ist seit 1980 von 32 auf rund 170 Mrd. Dollar emporgeschnellt. Im vergangenen Jahr schrieben die USA erstmals ein Defizit im Hochtechnologiehandel, und der Agrarüberschuß, ebenfalls ein traditioneller Aktivposten, schrumpfte fast auf Null.

Die Regierung reagierte in der ersten Amtszeit Reagans auf den wachsenden außenwirtschaftlichen Druck in erster Linie durch Schutzmaßnahmen – Zölle, Quoten und, vor allem, Selbstbeschränkungsregelungen – für einfuhrbedrängte Branchen wie die Automobil- und Motorradindustrie, Stahl, Textil und Bekleidung. Das Ziel lautete Revitalisierung. Sie sollte von den Unternehmen aus eigener Kraft bewerkstelligt werden, ohne direkte finanzielle und technische Hilfen durch den Staat.

In der zweiten Amtszeit des Präsidenten schien sich eine Kehrtwende anzubahnen. Die Regierung schwor dem Einfuhrprotektionismus ab. Der Schuhindustrie verweigerte der Präsident die Verlängerung bestehender Einfuhrbeschränkungen. Mehr noch als dieser Schritt selbst erregte seine Begründung internationales Aufsehen: die Schuhindustrie habe sich als unfähig zur Revitalisierung erwiesen und könne daher nicht länger mit staatlicher Unterstützung rechnen. Zur Bekräftigung der freihändlerischen Linie legte Reagan wenig später sein Veto gegen eine vom Kongreß mit großer Mehrheit beschlossene einschneidende Kürzung der Textileinfuhren ein. Die Priorität gehörte nunmehr den exportorientierten Branchen. Eine neue Handelspolitik sollte die ausländischen Märkte für amerikanische Waren, Dienste und Investitionen öffnen. Als Stein des Anstoßes dienten vor allem „unfaire“ Handelspraktiken und das „industrial targeting“ im Ausland.

Die offensive Handelspolitik, so handelsschaffend sie auf dem Papier erscheinen mag, zeigt in der Praxis jedoch erhebliche Schönheitsfehler. Unter dem Druck eines aggressiv gestimmten Kongresses neigen die amerikanischen Unterhändler verstärkt dazu, den im GATT verankerten Grundsatz der Gegenseitigkeit sektoral und bilateral zu verengen und gewissermaßen ex cathedra zu bestimmen, was unter Gegenseitigkeit zu verstehen ist. Widerspenstige Handelspartner sollen mit dem Knüppel drohender Einfuhrbeschränkungen zur Räson gebracht werden. Derartige Einschüchterungsversuche vergiften das handelspolitische Klima, benachteiligen die wirtschaftlich schwächeren Länder und fordern Vergeltungsschläge der betroffenen Handelspartner heraus. Die gegenwärtigen transatlantischen Agrarquerelen im Gefolge der Süderweiterung der EG lassen neben verständlichem Ärger der Amerikaner über die EG-Agrarpolitik auch sehr deutlich die protektionistischen Risiken erkennen, die mit einer Abkehr der Handelspolitik von einem weitgefaßten, konsensgetragenen Reziprozitätsbegriff verbunden sind.

Die Strategie der aggressiven Marktöffnung wäre leichter zu ertragen, fände sie ihre Entsprechung in einer konsequenten Fortführung des Kurses der Öffnung und Offenhaltung der Binnenmärkte. Das Beispiel der Schuhindustrie hat jedoch keine Schule gemacht, wie zuletzt die Einfuhrbeschränkungen für Werkzeugmaschinen gezeigt haben. Das Textilvereto hat durch das außerordentlich restriktive Taktieren der USA bei den Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Der Schutz der Stahlindustrie vor ausländischen Konkurrenten ist erheblich ausgeweitet worden und nunmehr nahezu komplett. Seit dem 1. Dezember wird zudem eine – wenn auch geringfügige – allgemeine Importabgabe erhoben, und die Öleinfuhren unterliegen seit Beginn des neuen Jahres einer speziellen Steuer. Diese beiden Maßnahmen haben, zusammen mit Einfuhrbeschränkungen in der Forstwirtschaft, vor allem die Kanadier verärgert, mit denen die USA gleichwohl seit Monaten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen führen. Auf zahlreiche Produkte der Entwicklungsländer, die bislang zollfrei in die USA gelangen konnten, werden ab dem 1. Juli Einfuhrzölle erhoben. Das vieldiskutierte Halbleiterabkommen zwischen den USA und Japan schließlich zeigt, daß der Einfuhrprotektionismus auch den Hochtechnologiebereich erfaßt hat, der in Zukunft anscheinend auch mit direkter finanzieller Unterstützung durch den Staat rechnen kann. Finanzspritzen für die Halbleiterindustrie und den Werkzeugmaschinenbau zeichnen sich bereits ab.

Nimmt man noch die unscharfen Regelungen für den Technologieexport hinzu, die der nationalen Sicherheit dienen sollen, im internationalen Handel aber erhebliche Unsicherheit verbreiten, so bietet sich das Gesamtbild einer widersprüchlichen, wechselhaften, das Recht des Stärkeren beanspruchenden und Nebenwirkungen auf Dritte vernachlässigenden Handelspolitik. Eine klare Linie ist nicht zu erkennen, nur daß die Handelspolitik zunehmend durch innenpolitische Rücksichten und mächtige Interessengruppen diktiert wird, die sich offenbar mit dem Hinweis auf GATT-Verpflichtungen nicht abwiegeln lassen. Das Defizitproblem kann die Handelspolitik nicht lösen. Je stärker sie mit diesem Anspruch befrachtet wird, um so größer ist die Gefahr eines eskalierenden Protektionismus. Daß der zu beobachtende handelspolitische Aktionismus die Wohlfahrt der amerikanischen Volkswirtschaft fördert, ist unwahrscheinlich. Er schwächt aber die internationale Handelsordnung gerade zu einer Zeit, da ein neuer Anlauf zu ihrer Stärkung unternommen wird.